

Beschluss des Landrats vom 07.04.2022

Nr. 1431

2. Zur Traktandenliste 2022

2021/746; Protokoll: gs, ps

Wegen der Abwesenheit von Karl-Heinz Zeller werden die Traktanden 19 und 63 abgesetzt, sagt Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp). Die Traktanden 45 und 46 werden verbunden beraten; das hat der Landrat schon früher auf Antrag der Geschäftsleitung beschlossen. Die Traktanden 11 und 12 werden erst beraten, wenn Regierungsrat Anton Lauber wieder zurück ist, also am Nachmittag.

://: Die Traktandenliste wird nach Absetzung der Traktanden 19 und 63 beschlossen.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Interpellation 2022/208 von Marc Scherrer: Anschlusslösung Grundschule Metall*

Der Regierungsrat sei mit der Dringlichkeit einverstanden, sagt Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp).

://: Die Interpellation wird stillschweigend als dringlich erklärt.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Interpellation 2022/206 von Bianca Maag: Vorlehre Metall*

Der Regierungsrat sei mit der Dringlichkeit einverstanden, sagt Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp).

://: Die Interpellation wird stillschweigend als dringlich erklärt.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Postulat 2022/207 von Florian Spiegel: Reduktion Baubewilligungsfristen*

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, der Regierungsrat lehne die Dringlichkeit ab.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) zeigt Verständnis für den Druck und das Anliegen, dass Bewilligungsverfahren zügiger abgehandelt werden sollten. Der Redner versichert, dass alles daran gesetzt wird, die Baugesuche immer so zügig wie möglich zu behandeln. Bei einem Baugesuch läuft aber nicht immer alles optimal; und es gibt Fälle, die zu lange dauern. Aber gerade letzten Montag erfolgte die Grundsteinlegung in Aesch für das Projekt Vivo. Die Art und Weise, wie die Baubewilligung erfolgt ist, wurde gelobt. In den letzten Jahren gab es einen massiven Anstieg der Anzahl Baugesuche – und unerfreulicherweise auch der Anzahl an Beschwerden. Darauf wurde reagiert. Aufgrund des starken Anstiegs und einer Annahme, wie es weiter gehen wird, wurden die Ressourcen verstärkt und im ARP zwei zusätzliche Stellen gesprochen. Die eine konnte bereits besetzt werden, die andere noch nicht. Das Problem ist, dass Fachleute nicht einfach zu finden sind. Das Anliegen wird aber ernst genommen – und wenn nötig werden auch entsprechende Mittel eingesetzt.

Weiterhin wird auf verschiedenen Ebenen intensiv daran gearbeitet, das digitale Baugesuchverfahren einzuführen, welches es erlaubt, die Prüfungen parallel durchzuführen, die früher nacheinander erfolgen mussten. Leider ist dieses noch nicht auf dem Stand, den man haben möchte, was jedoch nicht nur an der Verwaltung liegt, sondern auch an den Partnern – einerseits den Bü-

ros, andererseits auch den Gemeinden. Es ist notwendig, dass die 86 Gemeinden auch mitziehen. Mit der Digitalisierung kann die Erledigung der Gesuche schneller erfolgen, weil parallel und nicht mehr nur seriell gearbeitet werden kann.

Was im dringlich eingereichten Vorstoss aufgeführt wird, ist nicht möglich: Es können keine provisorischen Baubewilligungen ausgestellt werden. Dies ist aufgrund der geltenden Rechtslage nicht möglich. Dafür müssten die Gesetze geändert werden. Die Konsequenzen sollten jedoch gut überdacht werden. Wenn man etwas «bastelt», würde eher das Gegenteil des gewünschten Effekts eintreten. Was gefordert wird, ist rechtlich unmöglich und deshalb sinnlos. Es wird getan, was getan werden kann, aber weder der Landrat noch der Regierungsrat dürfen sich über das Gesetz hinwegsetzen. Deshalb ist es unrealistisch – und der Regierungsrat lehnt sowohl den Inhalt des Vorstosses als auch die Dringlichkeit ab.

Bálint Csontos (Grüne) sagt, es stimme zu 100 %, was Florian Spiegel zur Dringlichkeit schreibe – und dies schränke die Unternehmen ein und bremse die Innovation, auch die grüne Innovation. Der Redner bittet die Kolleginnen und Kollegen aus der eigenen Fraktion, die dies anders sehen, der Dringlichkeit stattzugeben.

Marco Agostini (Grüne) ist anderer Meinung als der Vorredner. Im Moment gibt es überall Engpässe bei Maschinen, Geräten und Rohstoffen. Das Baugewerbe befindet sich im Rückstand. Nun eine Dringlichkeit zu verlangen, die der Baubranche überhaupt nichts nützt, heisst, etwas zu tun, das nicht umgesetzt werden kann. Der Redner unterstützt den Inhalt des Vorstosses; das Ganze muss geprüft werden, aber die Dringlichkeit ist im Moment nicht nötig.

Florian Spiegel (SVP) sagt, das Anliegen sei dringlich, weil das Problem für die Unternehmen substanziell werde. Als Beispiel: 15 Minuten, nachdem er den dringlichen Vorstoss eingegeben hat, erhielt er ein Mail eines grossen Zulieferers. Per 1. Mai verdoppeln sich die Transportkosten. Seit Wochen erhält der Redner Mails, weil die steigenden Kosten exorbitant spürbar sind. Der Regierungsrat bzw. die BUD spüren den Druck nicht, weder als Bauherr noch als Arbeitgeber. Die BUD hat eine andere Grundlage, und diese will der Redner nicht in Frage stellen – und gönnt sie der Direktion auch. Hier aber geht es um die Dringlichkeit, welche die Unternehmen betrifft. Die ersten Firmen haben ihre Quartalszahlen präsentiert, und man spricht von Sistierungen und von einem Einbruch um 30 % gegenüber dem Vorjahresumsatz. Darauf muss man reagieren. Die Lösung kann nicht schon morgen vorliegen, das ist dem Redner klar. Aber eine Aufstockung kann nicht die einzige Lösung sein. Nun geht es darum, wie der «Mechano» anzupassen ist, damit die Wirtschaft weiterarbeiten und Zeit gewonnen werden kann. Deshalb ist die Dringlichkeit gegeben.

Urs Kaufmann (SP) hält fest, es gebe zwei Aspekte. Einerseits müsste man den Vorstoss als dringlich erklären und gleich abschreiben. Dieser hat weder Hand noch Fuss und kann so nicht umgesetzt werden. Andererseits: Meint man es wirklich ernst mit dem Vorstoss, braucht es eine ernsthafte Entscheidungsgrundlage – und man muss sich Zeit nehmen, um sich damit zu beschäftigen. Deshalb ist der Vorstoss nicht dringlich. Er soll nicht dringlich erklärt werden.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) möchte davor warnen, falsche Versprechungen zu machen. Man soll den Leuten nicht vormachen, eine Bewilligung sei in kürzester Zeit möglich. Es gibt einen gesetzlichen Rahmen, und daran muss sich der Staat – der Regierungsrat und das Parlament als Gesetzgeber – halten. Geht es darum, jetzt etwas zu tun, ist dies das falsche Rezept.

://: Die Dringlichkeit wird mit 46 Ja- und 35 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt (das 2/3-Mehr von 55 Stimmen ist nicht erreicht).

